

Private Krankenversicherer fordern Problemlösung statt Ideologie

Zu den aktuellen Überlegungen in den Koalitionsgesprächen, die Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung erneut anzuheben, erklärt der PKV-Vorsitzende Reinhold Schulte:

„Mit einer Anhebung oder gar Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze wäre die Bürgerversicherung für die Angestellten in Deutschland Realität. Damit würde Millionen von Versicherten die Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung genommen. Die private Krankenversicherung würde ausgetrocknet, weil ihr ein großer Teil der bei ihr versicherbaren Personen entzogen würde.

Der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) würde dadurch in keiner Weise geholfen. Ganz im Gegenteil: Je mehr Versicherte in der umlagefinanzierten GKV bleiben, desto stärker wird diese durch die mit dem Alter steigenden Krankheitskosten belastet. Leidtragende wären alle Versicherten, insbesondere unsere Kinder und nachfolgenden Generationen, die in den nächsten Jahrzehnten eine deutlich größere Zahl von Älteren mitfinanzieren müssen. In der privaten Krankenversicherung hingegen spart jede Altersgruppe für ihre eigenen Aufwendungen im Alter an. Dieses so genannte Kapitaldeckungsverfahren sollte auch nach Auffassung vieler Experten nicht geschwächt, sondern ausgeweitet werden.

Selbst kurzfristig käme die GKV mit einer Grenzanhebung nicht zu einer Verbesserung ihrer Finanzsituation. Denn durch den vergrößerten Kreis der Versicherten bei der gesetzlichen Krankenversicherung entstünden nicht nur Mehreinnahmen, sondern auch spürbare Mehrausgaben. Zudem würde die heutige Quersubventionierung des unterfinanzierten GKV-Systems durch die privat Krankenversicherten in Höhe von derzeit 8,5 Mrd. Euro erheblich niedriger ausfallen.

Ganz offenkundig geht es den Befürwortern einer Anhebung der Versicherungspflichtgrenze nicht um eine finanzielle Stabilisierung der GKV, sondern um das ideologische Ziel, der privaten Krankenversicherung und ihren über 8 Millionen Vollversicherten zu schaden - ohne dass dies irgend jemandem nutzen würde.“

Berlin / Köln, 1. November 2005

Ansprechpartner
Ulrike Pott

Telefon
(0221) 37662-16
(030) 204589-23

Telefax
(0221) 37662-46

E-Mail
presse@pkv.de

Internet
www.pkv.de

Bayenthalgürtel 26
50968 Köln

Friedrichstrasse 191
10117 Berlin